

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 4 (1912)
Heft: 1

Artikel: Zur Abstimmung über das Bundesgesetz betreffend die Kranken- und Unfallversicherung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-349885>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftliche Rundschau

~~~~~ für die Schweiz ~~~~~

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Erscheint monatlich einmal

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 6, Bern

Abonnement jährlich 3 Fr.

## INHALT:

|                                                                                        | Seite |
|----------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 1. Zur Abstimmung über das Bundesgesetz betreffend die Kranken- und Unfallversicherung | 1     |
| 2. Zur Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes                                     | 3     |
| 3. Landesvertrag im Spenglergewerbe                                                    | 5     |

|                                                            | Seite |
|------------------------------------------------------------|-------|
| 4. Berichterstattung über den schweizerischen Arbeitsmarkt | 8     |
| 5. Syndikalistische Illusionen                             | 10    |
| 6. Wirtschaftliche Kämpfe in der Schweiz                   | 12    |
| 7. Internationale Gewerkschaftsbewegung                    | 14    |

## Zur Abstimmung über das Bundesgesetz betreffend die Kranken- und Unfallversicherung.

### Resolution des Gewerkschaftsausschusses.

«Der am 2. Januar 1912 in Olten tagende Ausschuss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes stellt vorab fest, dass das am 4. Februar nächsthin zur Volksabstimmung gelangende Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung, durch die Hilfeleistungen, die es den durch Krankheit oder Unfall Heimgesuchten sichert, besonders für die Angehörigen der unbemittelten Bevölkerungsschichten eine grosse Wohltat bedeutet und speziell auch der Arbeiterschaft wesentliche Vorteile gegenüber dem bisherigen Zustand bietet. Als solche kommen für die Gewerkschaftsmitglieder besonders in Betracht

a) *Krankenversicherung.* Die Subvention an die bestehenden Krankenkassen.

Die Extrabeiträge des Bundes zur Unterstützung der Wöchnerinnen.

Die Bestimmungen über die Freizügigkeit und die Aertzewahl.

b) *Unfallversicherung.* Die Ausdehnung der Versicherung auf alle Betriebsunfälle, Berufskrankheiten und auf die Nichtbetriebsunfälle.

Wegfall der Lohnabzüge für die Unfallversicherung.

Die Bestimmungen über Entschädigung bei bleibender Erwerbsunfähigkeit und Sorge für die Hinterlassenen bei Unfällen mit tödlichem Ausgang.

Einbezug der Ausländer unter das Versicherungsgesetz. Endlich die Vereinfachung der Schlichtung von Streitigkeiten über die Ansprüche der Versicherten und die zweifellos eintretende Verminderung solcher Streitfälle infolge der Uebnahme der obligatorischen Versicherung durch die staatliche Unfallversicherungsanstalt.

Deshalb fordert der 75,000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertretende Ausschuss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes alle Arbeitervereine und Gewerkschaften, die gesamte Arbeiterschaft der Schweiz auf, mit allen Kräften für Annahme des Gesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung zu wirken.

Indem die privaten Versicherungsgesellschaften, deren Helfer und Helfershelfer um die bisher aus dem Unglück der Verunfallten gewonnenen hohen Dividenden zu retten, bedeutende Mittel aufwenden und alles aufbieten, das Gesetz zu Fall zu bringen, richtet der Gewerkschaftsausschuss einen dringenden Appell an die stimmberechtigten Arbeiter, am 4. Februar zur Urne zu gehen und **Ja** zu stimmen.»

### Die Theorie der freien Konkurrenz in der Unfallversicherung im Lichte der Praxis.

Es ist eine beliebte Theorie der Anhänger der freien Konkurrenz und der Darsteller ihres Segens, dass «Leistung» und «Gegenleistung» sich entsprechen müssen. Prüfen wir, wie es damit steht. Wir rechnen als Leistung der Versicherten an die Privatversicherungsgesellschaften die Beiträge (Prämien), und als Ausgaben der Gesellschaften an die Versicherten rechnen wir die Entschädigungen einschliesslich Regulierungskosten. Die letztern gehören zwar nicht zu den Leistungen an die Versicherten; von denselben haben sie ja einzig das «Angenehme» der ständigen Inspektorenbesuche zu geniessen bekommen; die Rechnungsablage der Gesellschaften erfolgt aber in dieser Form, so dass die auf diese «Gegenleistung» entfallenden Kosten sich nicht gesondert ausmitteln lassen. In Wirklichkeit handelt es sich bei solchen Auslagen um *Verwaltungskosten*; aber dort ist schon so viel, dass man sie in dieser Rubrik unmöglich mehr unterbringen darf. Dagegen ergibt sich bei den *Entschädigungen* noch viel Spielraum; hier kann die Dotation nur von gutem sein: einestheils verringern



sich die eigentlichen Verwaltungskosten, andern-  
 teils erhöhen sich die effektiv geleisteten Schäden-  
 zahlungen. Also zwei Fliegen auf einen Schlag!  
 Die künstlich herbeigeführte, für beide Rubriken  
 so notwendig gewordene Entstellung ihrer wirk-  
 lichen Verhältnisse merkt ja niemand. Dies nur  
 eine einzelne Skizze aus der reichhaltigen Bilder-  
 gallerie der Rechnungskünste der privaten Ver-  
 sicherungsgesellschaften.

Zur Sache zurückkommend, stützen sich also  
 unsere Erhebungen auf die von den in der  
 Schweiz arbeitenden Unfallversicherungsgesell-  
 schaften *selbst* gemachten Angaben und umfassen  
 die Jahre 1905—1909. Nachstehende Zahlen sind  
 den amtlichen Berichten entnommen:

|                                                   |                |
|---------------------------------------------------|----------------|
| 1905 Prämieineinzahlungen . .                     | Fr. 14,683,240 |
| Bezahlte Entschädigungen »                        | 10,458,590     |
| Zugunsten der Privatgesell-<br>schaften . . . . . | Fr. 4,224,650  |
| 1906 Prämieineinzahlungen . .                     | Fr. 17,015,230 |
| Bezahlte Entschädigungen »                        | 11,490,670     |
| Zugunsten der Privatgesell-<br>schaften . . . . . | Fr. 5,524,560  |
| 1907 Prämieineinzahlungen . .                     | Fr. 19,831,540 |
| Bezahlte Entschädigungen »                        | 13,301,100     |
| Zugunsten der Privatgesell-<br>schaften . . . . . | Fr. 6,531,440  |
| 1908 Prämieineinzahlungen . .                     | Fr. 21,285,760 |
| Bezahlte Entschädigungen »                        | 13,721,000     |
| Zugunsten der Privatgesell-<br>schaften . . . . . | Fr. 7,564,760  |
| 1909 Prämieineinzahlungen . .                     | Fr. 22,399,000 |
| Bezahlte Entschädigungen »                        | 13,415,800     |
| Zugunsten der Privatgesell-<br>schaften . . . . . | Fr. 8,983,200  |

Die Leistungen der schweizerischen Ver-  
 sicherten gegenüber denjenigen der Versicherungs-  
 gesellschaften übersteigen die letztern innerhalb  
 eines Zeitraumes von bloss *fünf Jahren* um rund  
**33 Millionen Franken!**

Also übertreffen die *Leistungen der Versicherten*  
 die Gegenleistungen der Gesellschaften pro

|                    |                    |
|--------------------|--------------------|
| 1905 um 40 Prozent | 1908 um 55 Prozent |
| 1906 » 48 »        | 1909 » 67 »        |
| 1907 » 49 »        |                    |

Leider fehlen uns die Angaben für die Jahre  
 1910 und 1911, da das Material hierfür noch  
 nicht verarbeitet ist. Aber angenommen, die  
 Zunahme der Leistungen der Versicherten würde  
 wie bisanhin anhalten, *so wäre pro 1911 mit einer*  
*Mehrleistung der Versicherten von über 75 Prozent*  
*zu rechnen!* Und dies sind die «wohltätigen»

Wirkungen der vielgepriesenen freien Konkurrenz  
 im privaten Versicherungsgewerbe! Dieses wohl-  
 tätigen Gefühls scheint uns derjenige teilhaftig  
 zu werden, der «jenseits» der Versicherten steht.

Von solchen Zuständen hat das grosse Publi-  
 kum keine Ahnung. Nun die Zahlen offen vor  
 ihm liegen, wird es zur Einsicht kommen *müssen*,  
*dass es höchste Zeit ist*, Remedur zu schaffen.

Die Gelegenheit hierzu bietet sich am 4. Februar  
 nächsthin. Die Gegenseitigkeitsanstalt, wie sie  
 das Gesetz vorsieht, müsste geradezu vorsätzlich  
 Misswirtschaft treiben, wenn sie 75 und mehr  
 Prozent der Prämieineinnahme für Verwaltungs-  
 kosten verwenden würde. An das ist gar nicht  
 zu denken. Dividenden und Tantiemen gibt es  
 bei einer solchen nicht, und allfällig erzielte  
 Ueberschüsse kommen in Form von Herabsetzung  
 der Beiträge den Beteiligten zugute.

(Korrespondenzblatt für  
 Kranken- und Unfallversicherung.)

### Versicherungs-Kniffe.

In seinen Referaten über die Kranken- und  
 Unfallversicherung erzählt Advokat Huber in  
 Rorschach aus seiner Praxis u. a. folgenden netten  
 Fall:

Bei einer nächtlichen Rückfahrt eines Motor-  
 bootes für den Kiestransport stürzte ein Schiffs-  
 mann in den Bodensee und ertrank. *Er hinter-*  
*liess eine Wittve mit einem halben Dutzend uner-*  
*wachsener Kinder in bitterster Not.* Der Arbeit-  
 geber, mit dem gütliche Verhandlungen ange-  
 knüpft werden, verweist uns an die Unfallver-  
 sicherungsgesellschaft, bei welcher er gegen die  
 Folgen der Haftpflicht versichert ist und der die  
 nicht eben niederen Prämien stets bezahlt wurden.  
*Die Versicherung lehnt die Entschädigungspflicht ab.*  
 Sie beharrt dabei auch dann noch, nachdem der  
 Arbeitgeber gerichtlich zur Zahlung einer Ent-  
 schädigung verurteilt und damit die Behauptung  
 des Selbstverschuldens widerlegt ist. Warum?  
 Laut Versicherungspolice ist die Gesellschaft ent-  
 schädigungspflichtig für alle möglichen Unfälle,  
 die einem Schiffsmann nicht passieren, nur gegen  
 den *einen* nicht, der für ihn wirklich in Betracht  
 kommt: *Von der Versicherung ist ausgeschlossen*  
*der Erstickungstod durch Sturz ins Wasser!*

Das Gericht hat dann allerdings diese famose  
 Bestimmung, mit welcher der Vertrag zu einem  
 reinen Schenkungsgeschäft zugunsten der Ver-  
 sicherung geworden wäre, nicht geschützt!

Die Kranken- und Unfallversicherung macht  
 derartige Geschäftchen unmöglich. Darum haben  
 Arbeitgeber und Arbeiter ein Interesse daran,  
 dass sie verwirklicht und die Versicherung in Zu-  
 kunft nicht mehr nach Profit- und Dividenden-  
 rücksichten geleitet werde.